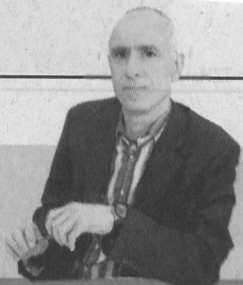


TZ: 15.03.2019

Kliems Wochenschau



Von
Matthias
Kliem

Geschenkt!

Jetzt sollen also die Bürger gefragt werden. Gut, dann sollen die Neu-Anspacher nun mal sagen, ob sie Windräder in ihrem Wald wollen oder nicht. Während Bürgermeister und Stadtverordnete stramm in Richtung Bürgerbefragung marschieren, sind die wesentlichen Fakten längst geschaffen. Der Energieversorger Süwag hat sich diese Woche von dem Windpark-Projekt verabschiedet und weiß offensichtlich auch schon, was die irrlichternde Anspacher Politik erst noch über eine groß angelegte Abstimmung ergründen will. Der Widerstand der Bevölkerung sei derart massiv, dass es unsinnig sei, die Anlage zu bauen; man wolle die Energiewende nur mit den Bürgern umsetzen, nicht gegen sie; man müsse sich den Realitäten der öffentlichen Meinung stellen – die offizielle Süwag-Erklärung sagt eigentlich alles.

Nun kann es ja prinzipiell und nach all den Merkwürdigkeiten und Aufgeregtheiten der vergangenen Monate nicht schaden, sich noch ein objektives und mit Fakten versehenes Bild von der Gesinnungslage in der Kleeblatt-Stadt zu besorgen. Aber mal unter uns: Das Thema ist durch, auch wenn es vielleicht noch nicht jeder gemerkt hat. An einem einzigen Tag haben die Windpark-Gegner 1200 Unterschriften für ihr angestrebtes Bürgerbegehren gesammelt, und wenn es zum Schwur gekommen wäre, hätte sich beim folgenden Bürgerentscheid bestimmt eine klare Mehrheit gegen die monströsen Propeller ausgesprochen. Wer's nicht glaubt, mag die angekündigte Bürgerbefragung durch die Stadt abwarten.

Doch selbst wenn es dabei pro Windpark ausgeht: Will die Anspacher Politik das heiße Eisen tatsächlich noch einmal anfassen? Was ist bei einem 51:49-Ergebnis?

Kann man bei 60 Prozent Zustimmung das Projekt gegen die stattliche 40-Prozent-Minderheit durchpeitschen? Steht eine breite Mehrheit der Parlamentarier nach allem, was geschehen ist, noch hinter dem einst einstimmig gefassten Beschluss? Nein, eine Bürgerbefragung wird keine neuen Handlungsmöglichkeiten eröffnen, sie dient allenfalls als Ausgang für Helden, zur Begründung des eigenen Sinneswandels oder als Legitimation gegenüber den Vertragspartnern. Am besten, man nimmt die Süwag-Entscheidung als das, was sie ist: ein Geschenk in Zeiten der Zerrissenheit und der wachsenden Feindseligkeiten.

Wie schnell sich das vermeintlich Unabwendbare plötzlich doch verflüchtigt – das hat sich diese Woche auch in Oberursel gezeigt. Da hatten sich Politiker und Bürger heftig in Rage geredet, weil angeblich kein Weg an der Einführung einer Straßenbeitragssatzung vorbeiführt, und dann war es still geworden um das Streitthema. Jetzt hat sich bestätigt: alles halb so wild. Die neue Satzung braucht es nicht, weil zu erwarten ist, dass die Stadt in absehbarer Zeit wieder schwarze Zahlen schreibt. In Oberursel soll das 2016 der Fall sein – und so wurde die Devise „Schwamm drüber!“ ausgegeben.

Da stellt sich natürlich die Frage, ob man die Leute überhaupt so hätte aufschrecken und die Aufforderung zum Griff in die Tasche des Bürgers so nibelungentreu hätte anpacken müssen. Immerhin hatte sich sogar der ansonsten so sparsame Kämmerer wegen des hohen Verwaltungsaufwands gegen die Straßenbeiträge ausgesprochen hatte. Aber da würden wir jetzt womöglich populistisch werden und den Menschen, die durch den Verzicht eine Menge Geld gespart haben, die gute Laune verderben. Also: Schwamm drüber!

Thema endlich ad acta legen

Kann dieser Mann nicht endlich Ruhe geben! Die Stadtverordneten wären im Sinne des Bürgerfriedens gut beraten, das Thema Windkraft ein für alle Mal ad acta zu legen.

Bettina Henckell
Neu-Anspach